

Unmittelbar nach der Landtagswahl wurden im Hochschulbereich ganze Programme – etwa Wohnraum- und Graduiertenförderung – ausgesetzt. In der Haushaltsaufstellung für 2004 wird der Wissenschafts- und Forschungsetat um rund 43 Mio. Euro gekürzt; insgesamt müssen 68 Mio. Euro aufgebracht werden. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) kündigt damit den sog. Innovationspakt II zwischen dem Land und der Landeshochschulkonferenz (LHK). Er hatte die Hochschulen bis 2006 von weiteren Haushaltskürzungen ausgenommen, nachdem sie einen einmaligen Konsolidierungsbeitrag von 50 Mio. DM zum Haushalt 2001 geleistet und sich zu weiteren Mittelumrichtungen (mindestens 30 Mio. DM) für Innovationen in Lehre und Forschung sowie zum Ausbau zukunftssträngiger Schwerpunkte verpflichtet hatten. Das MWK entwickelt unter dem enormen Zeitdruck der Haushaltsberatungen in sog. Beichtstuhlgesprächen mit den Hochschulleitungen ein bislang unveröffentlichtes Hochschuloptimierungskonzept (HOK) und verspricht Planungssicherheit durch einen sog. Zukunftsvertrag ohne Haushaltsvorbehalt. Die den Hochschulen abverlangten „profilbildenden Strukturentscheidungen“ müssen bis Mitte September getroffen werden.

Am 5. August 2003 hat das erste Treffen zwischen Minister Lutz Stratmann, Staatssekretär Dr. Josef Lange, Werner Dreyer aus der Hochschulabteilung sowie Pressesprecher Thomas Philipp Reiter und dem GEW-Landesvorsitzenden Torsten Post, dem Bundesvorstandsmitglied für den Bereich Hochschule und Forschung Gerd Köhler sowie den niedersächsischen Ressortverantwortlichen aus Referat und Fachgruppe Dr. Claudia Kleinwächter und Sabine Kiel stattgefunden.

Die GEW eröffnet die Aussprache mit einer grundsätzlichen Kritik an der Haushaltsaufstellung für den Wissenschaftsbereich und mahnt Planungssicherheit für die Hochschulen an. Übereinstimmend mit der LHK stellt die GEW fest, dass sich die Höhe des Einsparvolumens im nächsten Haushaltsjahr nicht realisieren lässt und fordert ebenfalls eine zeitliche Streckung der Minderausgaben sowie deren Reduzierung. Überdies kritisiert die GEW die Strategie der sog. Beichtstuhlgespräche. Statt eines lediglich standortbezogenen Arrangements zwischen einzelnen Hochschulleitungen und dem MWK muss ein transparentes umfassendes Landeshochschulentwicklungskonzept in der Öffentlichkeit diskutiert und mit allen am Wissenschaftsprozess Beteiligten ausgehandelt werden! Die tiefe Verunsicherung gerade bei Studierenden und bei nicht verbeamteten Beschäftigten wäre vermeidbar gewesen, wenn die Entscheidungsprozesse partizipatorisch gestaltet würden. Der Minister äußert Verständnis für die Kritik; der Staatssekretär rechtfertigt das Vorgehen als einzig mögliche Form der

schnellen und validen Sachstandserhebung im Land.

Aus Sicht der GEW sind durch die Haushaltskürzungen nicht-marktgängige Fächer (die sog. Orchideenfächer) in ihrer Existenz bedroht. Betroffen und gefährdet ist aber vor allem eine bestimmte Personengruppe in den Hochschulen: das (befristet) angestellte nichtwissenschaftliche und wissenschaftliche Personal. Die Furcht vor betriebsbedingten Kündigungen ist gegenwärtig mehr als verständlich; natürlich werden die Gewerkschaften ihre Mitglieder arbeitsrechtlich unterstützen. Der Minister hält eine Einbeziehung der Gewerkschaften in die personalbezogene Hochschulstrukturplanung für unverzichtbar und verweist auf die Rolle der Personalvertretungen bei der Wahrung und Sicherung von Beschäftigteninteressen. Vielleicht befördert seine Überzeugung die seit langem überfällige rechts-



Sorge vor tiefen Einschnitten durch Kürzung der Hochschulbudgets: Der ASTA der Uni Hannover hatte zu einer Vollversammlung eingeladen. Uni-Präsident Prof. Dr. Ludwig Schätzl sprach zu den Studierenden.
Foto: Sabine Kiel

GEW-Spitze bei Wissenschaftsminister Lutz Stratmann und Staatssekretär Dr. Josef Lange

GEW FORDERT PLANUNGSSICHERHEIT

aufsichtliche Klärung der gesetzlichen Einbeziehung der AG der Personalvertretungen in die Arbeit der LHK (NHG § 4 Satz 2). Der Staatssekretär bekennt sich an diesem Punkt zu einer Absicherung der Qualifikationsstellen für den Wissenschaftlichen Nachwuchs und berichtet von Überlegungen, deren Anteil gegenüber den Professuren deutlich zu erhöhen. Für konkrete Planungen seien jedoch verlässliche Daten aus den Hochschulen erforderlich, die zur Überraschung aller kaum vorliegen.

Daran anknüpfend spricht die GEW die Attraktivität des Arbeitsplatzes Hochschule und Forschung im allgemeinen an und stellt ihren Ansatz vor: Tarifvertrag Wissenschaft, Wissenschaft als Beruf, Pluralität der Qualifikationswege, Reform der Doktorand/innen-Ausbildung. Der Minister und der Staatssekretär zeigen sich dafür erfreulich offen und signalisieren ihr Interesse an weiteren Gesprächen auf der Arbeitsebene. Dazu macht die GEW drei Dialog-Vorschläge:

1. Die Einberufung eines „Runden Tisches“ zur Hochschulpolitik in Niedersachsen für Ende September/Anfang Oktober, um die Strukturüberlegungen der einzelnen Standorte in ein landesweites Konzept einzubringen.

2. Ein Expert/innen-Gespräch über Hochschulstrukturkonzepte in der Region wie sie in den Niederlanden und in Belgien bereits erfolgreich umgesetzt werden. Dem Minister schwebt mit der „University of Lower Saxony“ offenbar etwas Vergleichbares vor.

3. Einen Arbeitszusammenhang in Fragen der Doktorand/innen-Ausbildung und zu den Beschäftigungsverhältnissen im Bereich Hochschule und Forschung.

Die GEW erinnert daran, dass das Konzeptpapier zum neu zu gründenden Arbeitgeberverband für die Stiftungshochschulen dem Finanzministerium seit Ende Februar vorliegt, die inhaltliche Debatte darüber jedoch bislang nicht eröffnet wurde. Auch das MWK

sieht hier dringenden Klärungsbedarf und verspricht, der Angelegenheit Nachdruck zu verleihen.

Abschließend erfragt die GEW den Sachstand zu anderen hochschulpolitischen Themen und erhält folgende Auskünfte:

- Die Ende April ausgesetzte Graduiertenförderung wird zum 1. Oktober 2003 wieder aufgenommen.
- In der angekündigten „moderaten Novellierung des NHG“ möchte das MWK die Habilitation neben der Juniorprofessur erhalten und die Rolle der Senate beim Abschluss von Zielvereinbarungen stärken – beides wird von der GEW begrüßt.

- Die Neufassung der HumanMed-VO muss und wird wegen der darin festgestellten Verletzung des Bestimmtheitsgrundsatzes vorab erfolgen.
- In Fragen der Hochschulzulassung soll das von der KMK im März 2003 verabschiedete erste Auswahlmodell für die Vergabe von bundesweit zulassungsbeschränkten Studienplätzen demnächst eingeführt und der Staatsvertrag über die ZVS schnellstmöglich aufgekündigt werden; eine entsprechende Entschließung hat der Landtag bereits angenommen.

- Die Neuregelung der Zulassung für örtlich zulassungsbeschränkte Studiengänge verzögert sich dagegen. Die während des bis zum 1. Mai 2003 verlängerten Anhörungsverfahrens erhobene Einwände machen Änderungen und eine erneute Anhörung des Niedersächsischen Hochschulzulassungsgesetzes (NHZG) erforderlich.
- Der Modellversuch zu den BA/MA-Studiengängen in der Lehrer/innenbildung wird zum WS 2003/04 an den Verbund-Partnerhochschulen beginnen, sofern die Lehramtsstudiengänge dort nicht von den Sparmaßnahmen betroffen sind. Wir hinterfragen ein ministerielles Schreiben vom 16. Mai 2003 an die Hochschulleitungen, das für Irritationen gesorgt hatte, weil es als Modifikation des Modellversuchs aufgefasst wurde.

Der Staatssekretär erklärt, dass ein Missverständnis vorliegt: Die Einführung eines schulförderbezogenen Bachelors – wie er etwa in Berlin angedacht war – wird in Niedersachsen nicht in Erwägung gezogen, bei aller Ergebnisoffenheit der gegenwärtigen Debatte! Die GEW hat sich dazu wiederholt als sachverständige Gesprächspartnerin angeboten und erneut ihre Einbeziehung in eine „task force Lehrerbildung“ vorgeschlagen.

Aus Sicht der GEW fand das fast zweistündige Treffen in einer überaus angenehmen Gesprächsatmosphäre statt. Es ist uns gelungen, nicht nur zum aktuellen Brennpunkt der Haushaltskürzungen Stellung zu nehmen, sondern ein breites hochschulpolitisches Themenspektrum zu besprechen. Als erfolgreichstes Ergebnis sehen wir es an, dass die Fortführung des konstruktiven Dialogs vereinbart wurde. Wir werden diese Möglichkeit nutzen, als Bildungsgewerkschaft die Hochschulpolitik in Niedersachsen zukünftig aktiv mit zu gestalten.

CLAUDIA KLEINWÄCHTER

- 68 Mio. Euro MWK Kürzungen 2004
- 2,3% MWK-Personalkosten
- 80,7% MWK-Bauunterhaltung
- 100,0% IAK Sonnenberg
- 38,9% Bibliotheksbestände
- 29,7% Bibliotheksautomation
- 2429,9% BAfoG-Rückzahlungen*
- 10,0% Finanzhilfe Studentenwerke
- 47,8% Betriebliche Einbauten (Mensazentralfond)
- 100,0% Studentenwohnraumförderung
- 48,0% Förderung ausländischer Studierende
- 4,5% Bibliothekenverbundzentrale (GBV)
- 6,7% MPG
- 55,7% Datenverarbeitung
- 50,0% Frauenförderung
- 2,5% Finanzhilfe kirchlicher Fachhochschulen
- 14,5% Wissenschaftliche Zusammenarbeit
- 100,0% Multimedia
- 15,5% Technologietransfer
- 3,6% Kompetenzzentren
- 38,3% Förderung Lehre und Forschung
- 71,4% Datenverarbeitung
- 8,8% Innovationen Hochschulen
- 10,2% Berufungspool
- 3,2% Landesüberlastprogramm
- 3,0% Zuschüsse Hochschulen (allgemeine HH)
- 5,9% Kultur, Bibliotheken, Museen, Erwachsenenbildung

* Das Land geht von einmaligen 2,6 Mio. Euro Rückerstattungsbeträge auf Grund des Datenabgleichs aus.